

IGM-Vertrauensleute bei HEIDELBERG



Kurz nach Redaktionschluss:

Das Ergebnis unserer Verhandlungen

Anfang Februar forderte der Vorstand in der Wirtschaftsausschusssitzung und in einer E-Mail an alle Beschäftigten Einschnitte bei den Personalkosten. Zu den Wunschvorstellungen des Vorstands gehörten unter anderem weitere Kürzungen bei den tariflichen Sonderzahlungen, beim Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld und die Verschiebung der Tarifierhöhung. Finanzielle Parameter und die Drohung eines weiteren Stellenabbaus zwangen uns an den Verhandlungstisch.

Betriebsrat und IG Metall haben in harten Verhandlungen ein Ergebnis erreicht, das die Belastungen der Beschäftigten in erträglichen Grenzen hält. Die wichtigsten Punkte des Verhandlungsergebnisses:

- Keine betriebsbedingten Kündigungen,
- Tarifierhöhung 2,7 % kommt im April,
- Keine Kürzung bei den Sonderzahlungen,
- Tarifliches Urlaubsgeld in voller Höhe.

Zusätzliche Forderungen der Arbeitnehmerseite wurden durchgesetzt. Die Einsparungen werden erreicht durch:

- Entgeltrelevante Arbeitszeitinstrumente,
- Reduzierung beim Weihnachtsgeld 2011 gegen Zeitausgleich,
- Temporäre Reduzierung beim Weihnachtsgeld 2012,
- Beitrag zu den Einsparungen auch vom Vorstand und von den Führungsebenen.

Mehr auf Seite 3

IGM-Vertrauensleute bei HEIDELBERG

Gesundheit! Müssen wir bluten?

IG Metall-Info mit Andreas Einecker von der AOK

Gut besucht war der zweite Verwaltungsstellenabend am 24. Februar. Andreas Einecker, Fachreferent bei der AOK Rhein-Neckar-Odenwald, informierte über Veränderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Besonders gemein ist der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung: Der Arbeitgeberbeitrag wurde auf 7,3 % festgeschrieben. Alle zukünftigen Erhöhungen tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein, derzeit liegt ihr Anteil bereits bei 8,2 %. Dazu kommen Leistungskürzungen, beispielsweise bei zahnärztlichen Leistungen, die die Versicherten bereits heute zu direkten Zahlungen und zum Abschluss zusätzlicher privater Versicherungen zwingen.

Wenn eine Krankenkasse mit dem Geld aus dem Gesundheitsfonds nicht auskommt, muss sie individuelle zusätzliche Beiträge von den Versicherten einfordern. Das ist der Einstieg in die Kopfpauschale. Während derzeit erst wenige Kassen einen Zusatzbeitrag erheben, wird für das Jahr 2020 bereits ein durchschnittlicher Zusatzbeitrag von über 70 Euro pro Monat erwartet – und den zahlen die Versicherten allein.

Eine weitere versteckte Kostenfalle ist die Vorauszahlungsmöglichkeit mit nachgelagerter Abrechnung: Ärzte drängen teilweise die Versicherten zu dieser Abrechnungsform und locken eventuell mit kürzeren Wartezeiten. Aber sie rechnen wie bei Privatpatienten ab: Das große Blutbild kostet dann evtl. über 100 Euro, von denen die Kasse nur ca. 23 Euro erstatten darf. Bei einer Kernspintomografie „auf Vorauszahlung“ bleibt der Versicherte auf etwa 600 Euro Eigenanteil sitzen.

Mit diesen Gesetzesänderungen hat die schwarz-gelbe Regierung den Ärzten, den Pharmakonzernen und den privaten Krankenversicherern die Tür zu einem sehr lukrativen Markt geöffnet. Darüber hinaus hat Minister Rösler nun die Möglichkeit der Krankenkassen eingeschränkt, Rabatte mit den Pharmaherstellern auszuhandeln. Das hatte allein den AOK-Versicherten im letzten Jahr etwa eine Milliarde Euro eingespart.

Unser Rezept für eine bezahlbare Ge-

sundheitsversorgung: am 27. März wählen gehen und nicht unbedingt das wählen, was die Pharma-lobby wählen würde. Schließlich hat Minister Rösler schon angekündigt, als nächstes die Pflegeversicherung zu reformieren.



Kostet das große Blutbild bald 100 Euro?

Julius „Dosis“, CC-Lizenz (BY 2.0), Bild von www.pics.de

Opfergeld für Banken?

Wir zahlen nicht für eure Wucherzinsen

HDM muss bis Ende des Geschäftsjahres Kreditzinsen zum Satz von fast 10% an die Banken zahlen – unabhängig davon, ob die Firma überhaupt Gewinn macht. Dafür sollen 25 Mio. Euro eingespart werden und dafür müssten wir noch ein letztes (vorletztes?, drittletzttes? ...) Mal Opfer bringen „für die Firma“ – sagt der Vorstand. Für die Firma?

Tatsächlich wird unser Opfergeld direkt an die Banken auf dem Silbertablett weitergereicht. Das ist umso empörender, als diese Heuschrecken Kredite von der Europäischen Zentralbank für 1% Zinsen aufnehmen und für 10% wieder an Firmen weiterverleihen. So etwas wird gemeinhin als Zinswucher bezeichnet! Wenn die Banken statt so unverschämter Zinsen nur 7% oder 8% Zins nehmen würden, was ja auch schon Wucher genug wäre, dann hätten wir dieses Problem gar nicht! Wir wissen: Diese Banken waren vor 2 Jahren komplett pleite und wurden mit unseren Steuergeldern in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro gerettet. Das heißt: eigentlich gehören diese Banken bereits uns, denn sie wurden mit unserem Geld gekauft und hätten somit damals schon verstaatlicht werden müssen. Wie dreist ist es dann, wenn sie uns jetzt dafür so abzocken?

Es soll also wieder mal auf unsere Ko-

sten gespart werden, weil es angeblich nicht anders geht.

Dass es sehr wohl auch anders geht zeigt folgendes Beispiel:

„Mit einem Milliarden Gewinn bei der Commerzbank wachsen 2011 die Chancen auf baldige Rückzahlung von Steuermilliarden (Spiegel Online 23.2.11)

Stille Einlagen von 16 Milliarden Euro muss die Bank dem Bankenrettungsfonds zurückzahlen und hätte darauf schon 2009 und 2010 Zinsen zahlen müssen – allerdings nur im Falle eines Bilanzgewinnes! Da sie angeblich keinen Gewinn hatte, brauchte sie auch nicht zahlen.

WIE BITTE? Und warum geht das bei der Commerzbank und bei uns nicht? Offensichtlich doch nur, weil die Regierungspolitik in Bund und Land den Banken Narrenfreiheit gewährt zur Ausplünderung der Betriebe und damit letztendlich der Ausbeutung von uns Lohnabhängigen.

Aber auch wir können anders!

Als lohnabhängige Bürger sind wir die große Mehrheit der Wähler, und wir wissen, welche Parteien auf Seiten der Banken stehen und uns ans Messer liefern. **Am 27. März ist Landtagswahl. Da können wir diejenigen Parteien die QUITUNG geben, die seit Jahren die Banken hätscheln und uns dafür bluten lassen.**

Am 27. März ist Wahltag. Bitte wählen gehen!

IGM-Vertrauensleute bei HEIDELBERG

Aktionstag gegen Leiharbeit Gegen Lohndumping – Für sichere und faire Arbeit!

Bundesweit nahmen am 24. Februar rund 210.000 Beschäftigte an den IG Metall-Aktionen unter dem Motto "Arbeit - sicher und fair" teil. Die Heidelberger Kundgebung fand vor der Firma ProMinent in Wieblingen statt. 200 Kolleginnen und Kollegen kamen und sagten der prekären Beschäftigung den Kampf an.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung wurden in den letzten Monaten kaum sichere Arbeitsplätze geschaffen. Leiharbeit und befristete Beschäftigung wachsen in unerträglichem Maße an. Inzwischen arbeiten fast 10 % der Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Junge Menschen finden nach der Ausbildung oft nur schlecht bezahlte Arbeit über Verleihfirmen.



Mit einen Hürdenlauf gegen prekäre Beschäftigung protestiert

Flexibilität ist das Zauberwort. Aber gerade wir HEIDELBERGER wissen, was Flexibilität heißt. Wir mussten es in den letzten Jahren selbst erleben. Wir alle wollen einen sicheren Arbeitsplatz und faire Arbeitsbedingungen. Für uns und für alle arbeitenden Menschen.

Wir haben Entlassungen und Verzicht erfahren. Jetzt erwarten auch wir Unterstützung von der Politik.

Deshalb werden wir mit unseren Aktionen den Arbeitgebern und der Politik klar machen, dass wir tarifliche Regelungen brauchen, damit Arbeit sicher und fair bleibt.

Impressum: V.i.S.d.P.: Mirko Geiger, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 24, 69117 Heidelberg, Druck: Knödler-Druck. Layout: Edgar Buck.

Das Ergebnis im Detail und Meinungen

Gefordert war ein Einsparvolumen bei den Personalkosten von 25 Millionen Euro pro Jahr für die beiden nächsten Geschäftsjahre. Wir haben unsere auf den Betriebsversammlungen dargestellten Positionen verteidigt. Nachfolgend die Maßnahmen zur Personalkosteneinsparung.

Entgeltrelevante Arbeitszeitinstrumente

Wir werden erforderliche Ausfalltage so legen, dass sie in attraktive Zeiten (Schulferien) fallen und dass Verdienstaufwände mit in den jeweiligen Monaten anfallenden Sonderzahlungen ausgeglichen werden können. Alle Beschäftigten in allen Ebenen werden beteiligt.

Aussetzung der Betriebsvereinbarung 2/97 für 2 Jahre

In dieser Betriebsvereinbarung wird die Höhe des Weihnachtsgelds auf 60 % festgelegt. Dafür müssen bei normaler Arbeitszeit zwei Tage Urlaub für den 24. und 31. 12. eingebracht werden. Mit der Aussetzung gilt für Weihnachten 2011 und 2012 das tarifliche Weihnachtsgeld von 55 %. Als Ausgleich muss nur ein Tag Urlaub für den 24. und 31. 12. eingebracht werden.

Reduzierung beim Weihnachtsgeld 2011 gegen Zeitausgleich

Das Weihnachtsgeld 2011 wird von den tariflichen 55 % auf 45 % reduziert. Im Gegenzug

wird das TZAK 2-Konto von 200 Stunden auf 180 Stunden reduziert.

Temporäre Reduzierung beim Weihnachtsgeld 2012.

Das Weihnachtsgeld 2012 wird von 55 % auf 30 % reduziert.

Weitere Vereinbarungen

Darüber hinaus wurde vereinbart, dass 2012 und 2013 jeweils 5 neue Urlaubstage im 1. Quartal genommen werden und dass die Entnahmezeit von einer Stunde pro Tag beim TZAK 1 vom 31.03.2012 auf 31.12.2012 verlängert wird. Im Mai 2013 gibt es eine tarifliche Sonderzahlung in Höhe von bis zu 25,5 %.

Beitrag zu den Einsparungen auch vom Vorstand und von den Führungsebenen

In den Führungsebenen werden 2 Millionen Euro pro Jahr an Personalkosten eingespart. Zusammen mit den 23 Millionen Einsparungen bei den Tarifbeschäftigten erreichen wir so das notwendige Einsparvolumen. Mit dieser Lösung ist eine gerechte, über alle Ebenen verteilte Belastung aller Beschäftigten erreicht worden. Wir konnten vereinbaren, dass es keine Ausweitung von Werkverträgen geben wird. Damit schützen wir die Stammebelegschaft und stellen sicher, dass es bei wieder besserer Auftragslage nicht zu einer höheren Fremdvergabe kommt.

Auf der Vertrauensleutesitzung am 16.03. wurde das Verhandlungsergebnis erläutert. Die Trommel hat einige der Teilnehmer nach ihrer Meinung gefragt.

Holger Bauer:

„Sehr gutes Ergebnis, die gute Arbeit der Verhandlungskommission hat Lob verdient.“



Hüseyin

Sandimoglu:

„Ich finde das Ergebnis supertoll!“



Simone

Zimmermann:

„Ich bin zufrieden. Es hätte schlimmer kommen können.“



Wolfgang Leucht:

„Trotz der schwierigen Ausgangslage wurde ein akzeptables Ergebnis erreicht, bei dem sich diesmal alle solidarisch zeigten.“



Yasar Oral:

„Das Verhandlungsergebnis ist für die Arbeitnehmer positiv.“



Jürgen Keilbach:

„Super Ergebnis. Da sieht man, wie wichtig eine starke Gewerkschaft ist. Hoffentlich kehrt jetzt mal wieder Ruhe ein.“



IGM-Vertrauensleute bei HEIDELBERG

Künftige Strategien erarbeitet

Erstes AG-weites Vertrauenskörperleitungs-Treffen der IG Metall

IG Metall-Vertrauenskörperleitungen aller deutschen Standorte von HEIDELBERG trafen sich zur gemeinsamen Klausur.

Zum ersten Mal trafen sich am 03. und 04. Februar die HEIDELBERG-Vertrauenskörperleitungen der Standorte Brandenburg, Leipzig, Ludwigsburg, Amstetten, Kiel, Wiesloch und Heidelberg. Fast alle Vertrauenskörperleitungen der einzelnen Standorte waren unserer Einladung gefolgt.

Ziel dieses gemeinsamen Treffens war es, sich gegenseitig kennen zu lernen und mehr über die Arbeitsweisen und speziellen Anforderungen bei den Vertrauenskörpern der verschiedenen HEIDELBERG Standorte zu erfahren. Die ersten Früchte der gemeinsamen Arbeit: Ein E-Mail-Verteiler wurde erstellt, der es uns erleichtert schneller Informationen auszutauschen und weiter zu geben. Das persönliche Kennenlernen vereinfacht die zukünftige Kontaktaufnahme und ermöglicht uns eine effektivere Kommunikation. In den Diskussionen und Arbeitsgruppen wurden künftige Strategien erarbeitet, Wünsche und Kritik ausgesprochen und vor allem konnten alle voneinander profitieren. Jeder Standort stellte seine Arbeitsweise und Probleme dar. Hier und da erkannte man die eigene Arbeitsweise wieder und Neues wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Wir haben den ersten Schritt für unsere Zusammenarbeit gemacht, die Klausur hat unsere Erwartungen übertroffen.



Vertreter der HEIDELBERG-Vertrauenskörperleitungen der Standorte Brandenburg, Leipzig, Ludwigsburg, Amstetten, Kiel, Wiesloch und Heidelberg trafen sich in der ver.di Bildungsstätte in Mosbach

Der Termin für das nächste Treffen ist in Planung. Regelmäßige Kontakte werden uns helfen, die „Best Practices“ der

einzelnen Standorte in eine gemeinsame, besser koordinierte und effizientere Vertrauensleutearbeit einzubringen.

Vermittlungsquote 80 %

810 Kolleginnen und Kollegen haben einen neuen Arbeitsplatz

Das Weitblick-Jahr ist nun für die meisten Kolleginnen und Kollegen zu Ende. Positiv: Fast 80 % haben wieder einen neuen Arbeitsplatz gefunden.

Von den 1054 Kolleginnen und Kollegen, die am 01. März 2010 in die Weitblick wechselten, haben 810 innerhalb der Weitblick-Zeit einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Die Vermittlungsquote bei den ehemaligen HEIDELBERG-Beschäftigten der Standorte Heidelberg und Wiesloch liegt bei ca. 80 %.

Etwa 3/4 aller neuen Arbeitsverhältnisse sind unbefristet in Festanstellung.

Im Entgelt mussten viele Kolleginnen und Kollegen aber Abstriche hinnehmen, vor allem die, die außerhalb des Wirkungsbereichs von IG Metall-Tarifverträgen arbeiten.

Dank der EGF-Mittel ist es möglich, über das Jahr der Transferkurzarbeit hinaus eine Nachbetreuung durch Weitblick anzubieten. Roland Fleck, Projektleiter bei Weitblick, ist sicher, dass noch „etwas geht“ und rechnet mit einer beachtlichen Zahl von weiteren Vermittlungserfolgen in der Nachbetreuungszeit, zumal noch manche interessante Stellenangebote da sind.

1. Mai 2011: Das ist das Mindeste!

Für faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit demonstrieren

Warum feiern wir den 01. Mai als Tag der Arbeit? Passen Maikundgebungen überhaupt noch in unsere Zeit? Aus unserer Sicht: Ja! und mit wachsender Notwendigkeit.

Junge Menschen werden mit geringen Anfangslöhnen, befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit zunehmend um eine gesicherte Zukunft betrogen. Leistungsverdichtung, Stellenabbau, der Ausstieg aus der Parität in der Kranken- und Rentenversicherung und die Anhe-

bung des Rentenalters bedrohen uns alle. Ab Mai 2011 dürfen Arbeitnehmer, die in der Europäischen Union wohnen, uneingeschränkt in allen EU-Ländern arbeiten. Diese Menschen müssen vor unterwertigen Arbeitsverhältnissen und Lohndumping geschützt werden. Die Gewerkschaften begrüßen die Freizügigkeit in Europa, mit der den Menschen etwas gegeben wird, was das Kapital schon lange hat.

Soziale Sicherheit, menschliche Ar-

beitsbedingungen und ein Einkommen, das zum Leben reicht, kommen nicht von allein. Wir müssen selbst was tun und für unsere Rechte demonstrieren, auf Missstände in der Gesellschaft und in der Politik hinweisen und zeigen, dass wir bereit sind, für uns und für die Zukunft unserer Kinder zu kämpfen.

Deshalb: Kommt zur Maikundgebung der Gewerkschaften! Infos zur Maikundgebung gibt es auf der Lokalseite der nächsten Ausgabe der Zeitschrift Metall.